



**Projektland: Korea**

**Quartalsbericht: III/2010**

## **INHALT**

### **SÜDKOREA**

#### **POLITIK**

**Konsequenzen aus Wahlniederlage bei den Kommunalwahlen in der Großen Nationalpartei und Auswirkungen auf die Demokratische Partei**

**Bevölkerungszahl trotz politischer Maßnahmen rückläufig**

**Sperrung iranischer Bankgeschäfte und Handelspartner wegen Sanktionen der USA gegen Iran**

**Vorbereitungen auf G20-Gipfel in Seoul**

#### **WIRTSCHAFT**

**Wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas**

**Lage auf dem Arbeitsmarkt und Lohnverhältnisse**

### **NORDKOREA**

#### **POLITIK**

**Menschenrechtslage in Nordkorea und Flüchtlinge**

**Erste Teilnahme an einer Fußballweltmeisterschaft Nordkoreas seit 44 Jahren**

**Besuch des ehemaligen Us-Präsidenten Jimmy Carter bewirkt Freilassung des südkoreanischen Englischlehrers Gomes**

**Erster Parteikongress der Regierungspartei seit 1966**

## WIRTSCHAFT

**Versuche der Schuldenbekämpfung der Nordkoreas**

**Kim Jong-Ils überraschende China-Reise**

## INNERKOREANISCHES

**„Nach Cheonan“ und mögliche Fortsetzung der Sechs-Parteien Gespräche über nordkoreanisches Nuklearprogramm**

**Interkoreanischer Handel**

**Flutkatastrophe in Nordkorea mit vielen Toten und Südkoreas Nothilfe**

**Japanischer Ministerpräsident entschuldigt sich bei Südkorea für Leiden unter japanischer Kolonialherrschaft**

## A. SÜDKOREA

### Innenpolitische Lage in Südkorea

Nach der deutlichen Wahlniederlage der regierenden Großen Nationalpartei (GNP) bei den Kommunalwahlen Anfang Juni kam es zu vielen Umstrukturierungen im Blauen Haus. Ende Juli gab Ministerpräsident Chung Un-Chan bekannt, dass er zurücktreten wolle. Er hatte schon nach dem Wahldebakel und auch das Scheitern des Regierungsplans zu Sejong-City, die als Stadt der Wirtschaft und Wissenschaft ausgebaut werden sollte, seinen Rücktritt angeboten. Anfang August nahm sein designierter Nachfolger Kim Tae-ho seine Arbeit auf und wenige Tage später, am 11. August, trat Chung Un-Chan offiziell von seinem Posten zurück. Ende August zog Kim Tae-ho jedoch seine Nominierung wieder zurück, da er unter den Vorwurf der Korruption geriet. Mitte September wurde daraufhin Kim Hwang-Sik zum neuen Ministerpräsident designiert. Auch Shin Jae-Min, nominiert für den Posten des Kulturministers, und der designierte Innovationsminister Lee Jae-hoon boten ihren Rücktritt an. Ferner ist am 4. September Außenminister Yu zurückgetreten, nachdem er der Vetternwirtschaft beschuldigt wurde. Präsident Lee kündigte eine „gründliche Untersuchung“ des Vorfalls an. Nur wenige Wochen zuvor betonte er, dass er zu Beginn seiner zweiten Amtszeit sich vor allem für eine Schaffung einer fairen Gesellschaft einsetzen wolle. Auf Grund der erforderlichen Kandidatenprüfung und der Anhörungsverfahren kann frühestens im Oktober mit dem Amtsantritt eines neuen Minister gerechnet werden. Bis dahin nimmt Shin Kak-Soo stellvertretend die Aufgaben des Außenministers.

Trotz des Gewinns der Kommunalwahlen zog auch die Opposition, die Demokratische Partei (DP), Konsequenzen aus einer Wahlniederlage. Die DP konnte nämlich bei Nachwahlen zum Parlament lediglich drei von acht Wahlkreisen für sich gewinnen, trotz der eben gewonnenen Kommunalwahlen, was für große

Enttäuschung sorgte. . Aus diesem Grund und auch um Ruhe in die parteiinternen Konflikte zu bringen, verkündigte am 2. August Chung Se-Kyun, der Präsident der DP, seinen Rücktritt. Einen Tag später trat auch der gesamte DP-Vorstand aus den gleichen Motiven geschlossen zurück. Am 3. Oktober soll dann eine neue Parteiführung gewählt werden. Bis dahin wird ein Dringlichkeitskomitee die Leitungsfunktionen übernehmen.

Trotz einer Verdreifachung des Budget für Kinderbetreuung über die letzten fünf Jahre sinkt die Geburtenrate in Südkorea auf ein neues Rekordtief. Im Jahr 2009 war das Bevölkerungswachstum Koreas eines der niedrigsten im asiatischen Raum. Die Bevölkerung wuchs lediglich um 0,3% und sicherte Korea somit Platz 43 unter den 48 Ländern Asiens. Die Regierung ist deshalb gefordert weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenraten zu treffen, wenn sie, die für eine Stabilisierung der Bevölkerungszahl notwendigen mindestens ein Prozent erreichen will.

Anfang August teilte die USA-Regierung der südkoreanischen Regierung mit, sich an den Sanktionen gegen den Iran zu beteiligen. Washington wies explizit darauf hin, die Anlagen der iranischen Bank Mellat in der Seouler Zweigstelle einzufrieren. Die Bank Mellat hat außer der Zweigstelle in Seoul nur zwei weitere Außenstellen in der Türkei und in Armenien. Eine Behinderung der Seouler Bankgeschäfte würde daher die Bank effektiv beeinträchtigen. Seoul vertagte die Entscheidung über mögliche Sanktionen zunächst. Man war anfangs bedacht die hohen Exporte in den Iran und auch die Öllieferungen nicht zu gefährden. Außerdem begründete man die vertagte Entscheidung darauf, dass die koreanische Regierung schon Sanktionen der UN-Resolutionen vom Juni durchführe und dass man erst auf detaillierte Durchführungsmaßnahmen seitens der USA warte. Am 11. August warnte Teheran Seoul, dass ein Beitreten der Sanktionen der USA sich negativ auf den Verkauf koreanischer Güter im Iran auswirken würde. Teheran drohte mit einer Steuererhöhung von 200% auf koreanische Produkte, um die iranische Bevölkerung vom Kauf abzuhalten. Dies war die erste bestätigte direkte Warnung des Irans, seit Washington Seoul gebeten hatte, die Anlagen der Bank Mellat einzufrieren. Der Iran ist Südkoreas größter Markt im Mittleren Osten für koreanische Autos und Haushaltsgeräte. Eine von den USA veröffentlichte schwarze Liste, welche 150 Unternehmen, die von den Sanktionen betroffen sind (unter ihnen drei in Korea ansässige Unternehmen) beinhaltete, und erhöhte den Druck auf die koreanische Regierung indem Washington verlauten lies, dass jenen, die weiterhin Geschäfte mit dem Iran schließen, sämtliche Verträge mit den USA gekündigt werden würden. Seoul lies daraufhin verlauten, dass es zu einem früher als vorgesehenen Zeitpunkt Gespräche über Sanktionen mit Washington aufnehmen werde.

Anfang September verkündigte Seoul dann seine Sanktionen gegen Teheran. Koreanische Unternehmen brauchen nun Genehmigungen für Finanzgeschäfte mit 102 Organisationen und 24 Individuen, inklusive aller iranischen Banken. Die Bank Mellat wurde für zwei Monate suspendiert, da ihr von den USA vorgeworfen wurde Fremdwährungsstransaktionsregulierungen dadurch verletzt zu haben, dass sie am Handel von Massenvernichtungswaffen beteiligt worden zu sein. Erdölimporte sind jedoch nicht Zielobjekt der Sanktion. Folglich würde eine durchgehende Öllieferung des Irans seitens Seoul nicht gefährdet. Die Sanktionen Seouls ernteten gemischte Reaktionen. Die USA schätze den Beitritt sehr, kritisierte jedoch, dass Seoul die Bank Mellat nur für zwei Monate schließt und dass eine Erlaubnis für Geschäfte mit

iranischen Unternehmen erforderlich sei anstatt, dass man jegliche Geschäfte generell verbietet. Von den Sanktionen sind 89 kleinere koreanische Exportunternehmen betroffen, deren Geschäfte ganz bzw. teilweise gestoppt wurden.

Unterdessen laufen momentan die Vorbereitungen zum G20-Gipfel im November in Seoul auf Hochtouren. Als Motto der Tagung wurde "Shared Growth Beyond Crisis" beschlossen, das Programm und eine Liste der CEOs, die an dem Gipfeltreffen teilnehmen, veröffentlicht. Eine Studie schätzt, dass der G20-Gipfel der südkoreanischen Wirtschaft direkte und indirekte Nutzen von um die 24 Trillionen Won bringen wird. Zur Zeit laufen verschiedene Konferenzen, in denen sich 12 Arbeitsgruppen mit der Ausarbeitung verschiedener Konzepte beschäftigen. Bis Ende September sollen die Ergebnisse den verschiedenen Finanzministerien und den G20-Diplomaten zugänglich gemacht werden, dann werden sie im Oktober auf eine Kernaussage kondensiert und diese dann den Regierungsvertretern im November auf dem G20-Gipfel präsentiert.

### **Wirtschaftspolitische Aussichten und wirtschaftspolitische Lage in Südkorea**

Mehrere inländische und internationale Experten stufen die Rate des potentiellen Wirtschaftswachstums Südkoreas für die zweite Jahreshälfte auf bis zu 6,1 % hoch. Grund für die prognostizierte positive Entwicklung seien ein starker Export u.a. im Maschinenbau, Halbleiterproduktion und von Elektronikartikeln (wie z. B. den neuen Mobilfunkgeräten von Samsung und LG) im zweistelligem Bereich im Vergleich zum Vorjahr. Auch eine Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen durch neu abgeschlossene Freihandelsabkommen mit verschiedenen Nationen und eine somit resultierende Verringerung der Abhängigkeit von Exporten in die USA stellen einen Grund für die Erhöhung der Exporte dar. Zudem erlebte die inländische Nachfrage einen Aufschwung. Zwar wird auch eine Verminderung der Absätze in Bereichen wie u.a. der Autoindustrie voraussagesagt, jedoch stellt die vermutete Wirtschaftsentwicklung dennoch das höchste Wachstum seit 2002 dar, als die Wirtschaft um 7,2 % gewachsen war. Allerdings sind sich alle Experten einig, dass das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren wieder um ein bis zwei Prozent abnehmen wird. Um dem entgegen zu wirken, regte Kim Dong-yeol vom Hyundai Research Institute in einer Studie an, das Arbeitskräftepotential von weiblichen, jungen und älteren Leute zu nutzen, mehr ausländische Direktinvestitionen zu zulassen und die Bürokratie im Dienstleistungsbereich abzubauen.

Der IMF stellt auf Grund der positiven Entwicklungen der Wirtschaft fest, dass Korea nun wieder auf dem gleichen Niveau wie vor der globalen Wirtschaftskrise sei. Auch auf globaler Wirtschaftsebene würde Asien laut IMF eine immer wichtigere Rolle spielen. Jedoch liege die Gefahr in asiatischen Wirtschaftssystemen darin, dass sie zu sehr von Exporten abhängig seien. Es müsse deshalb vielmehr auf eine Steigerung der inländischen Nachfrage und Investitionen geachtet werden um die Wirtschaften widerstandsfähiger zu machen. Jedoch scheinen genau jene Faktoren den Erfolg der koreanischen Wirtschaft auszumachen. Hatte der Internationale Währungsfond im Juli 2010 lediglich eine Wachstumsrate von 5,75% für dieses Jahr hervorgesagt, so korrigierte er im September 2010 seine Prognose auf 6,1% nach

oben. Vor allem eine Erhöhung der Investitionen und die Grunderneuerung der Inventare, die sich in einem Anstieg der Produktion widerspiegeln würden, nannte der IMF als Grund für die Verbesserung seiner Einschätzung. Zudem würde die expansive Geldpolitik Spielraum für eine Erhöhung des aktuellen Zinssatzes geben. Außerdem würde das Land zusammen mit Norwegen, Dänemark und Neuseeland auf einen Besitz von einem hundertprozentigen Level an fiskalen Ressourcen geschätzt. Jene Liquidität könne folglich dazu genutzt werden, um die Wirtschaft in ungünstigen Situationen wieder zu stabilisieren. Korea sei somit eine der stärksten Wirtschaften mit seiner Fähigkeit, sich von einer globalen Wirtschaftskrise zu erholen.

Auch unter den OECD Ländern verbuchte die koreanische Wirtschaft die höchste Wachstumsrate im zweiten Quartal des Jahres. Im Juli konnte die Regierung deshalb den zweithöchsten Überschuss der Geschichte mit 5.88 Mrd. US\$ verzeichnen. Aus weiteren Berichten der OECD geht hervor, dass das Preisniveau Koreas eines der niedrigsten unter den Mitgliedstaaten sei, obwohl die Preise für Lebensmittel am drittschnellsten steigen würden. Die Kosten hätten sich nämlich im Juni 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 4,1% erhöht. Das *Ministry of Strategy and Finance* kommentierte die Zahlen jedoch, dass die Steigerung der Preise mit ungewöhnlichen Wetterverhältnissen zu tun haben und dass Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise getroffen werden würden. Im Vergleich mit den Mitgliedsstaaten der OECD belegt Korea auch den sechsten Platz, was die Einschränkungen von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) angeht. Korea gilt somit als verhältnismäßig weniger offen für ausländische Unternehmen, was erklären lässt warum die Rate der FDI um 6,7% in der ersten Jahreshälfte gesunken ist.

Das hohe Wirtschaftswachstum ist jedoch nur auf den ersten Blick positiv zu beurteilen. Zwar profitiert die koreanische Wirtschaft von starken Exportzahlen, jedoch werden diese hauptsächlich von den größeren Firmen wie Samsung, LG und Hyundai verbucht. Folglich ist es für die allgemeine Bevölkerung schwer, den wirtschaftlichen Aufschwung zu spüren. Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich in einer neuen Studie eine leicht zunehmende Diskrepanz des Gehalts von Männern und Frauen ab. Eine Analyse von 520.000 Resümees durch die Job-Webseite „Incruit“ zeigte auf, dass Frauen durchschnittlich 77% des Gehaltes von Männern verdienen. Im letzten Jahr waren es noch 77,7%. Somit ist der Gehaltsunterschied wieder auf einem Niveau wie in 2005 (mit ebenfalls 77%), wobei sie zwischendurch im Jahre 2008 sogar 80,5% des Gehaltes ihrer männlichen Kollegen verdienen konnten. Laut einem Sprecher von „Incruit“ habe sich die Lücke sich dank der veränderten Auffassungen von Geschlechterrollen und der abschwächenden Diskriminierung verengt. Jedoch habe die Verschlechterung des Arbeitsmarktes durch die Finanzkrise einen verhältnismäßig größeren negativen Einfluss auf Frauen. Im Juni wurden 314.000 neue Jobs erfolgreich vermittelt und im öffentlichen Sektor ca. 600.000 neue Jobs geschaffen. Derweilen hat die Regierung beschlossen ab 2011 den gesetzlichen Mindestlohn um 5% zu erhöhen. Außerdem scheint der generelle Bedarf an Arbeitskräften über dem Land verteilt größer zu sein als erwartet. So verzeichnet zum Beispiel die Gyeonggi Province einen Arbeitskräftemangel von 83.000 Arbeitern. Jedoch klärt sich die Frage, warum jene Arbeitsplätze unbesetzt sind, dadurch, dass jene Unternehmen, die Stellen anbieten, oft nicht optimal an das Verkehrsnetz angeschlossen sind.

## B. NORDKOREA

### Innenpolitische und außenpolitische Entwicklungen in Nordkorea

Anfang Juli verabschiedete die EU eine Resolution, die Nordkorea zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage drängen soll. Es wird hierbei erwartet, dass China einen gewissen Einfluss auf Nordkorea ausübt. Entsprechende Resolutionen waren bereits in den vergangenen Jahren regelmäßig verabschiedet worden, zum Ärger Nordkoreas, aber ohne direkte Auswirkungen. Außerdem verabschiedete Japan ein Gesetz nach dem Schiffe, die von und nach Nordkorea an- bzw. ablegen, durchsucht werden müssen. Es werden nämlich sämtliche Schiffe, die in Kontakt mit dem Norden stehen, verdächtigt, nukleare Waffen oder Material, das zum Bau von Raketen verwendet werden kann, an Bord zu haben. Anfang Juli wurde berichtet, dass die Japanische Botschaft in China rund ein Dutzend Flüchtlinge aufgenommen hat. Eine Studie ergab desweiteren, dass immer mehr Nordkoreaner aus der Mittelklasse die Gefahr auf sich nehmen, aus dem Land zu flüchten. Früher waren es vor allem eher ärmere Leute, deren Lebensbedingungen so schlecht waren, dass sie außer ihrem Leben nichts zu verlieren hatten.

Bei der FIFA-Fußballweltmeisterschaft, die vom 11. Juni bis 11. Juli 2010 in Südafrika ausgetragen wurde, war zum ersten Mal seit 1966 wieder ein nordkoreanisches Team vertreten. Für die WM-Qualifikation erhielt das Team eine Prämie von 660.000 Euro plus 5,3 Mil. Euro Antrittsgeld. Die Mannschaft verlor allerdings jedes ihrer angetretenen Spiele und mussten nach dem Ende der Vorrunde wieder abreisen. Auf Grund der bekannten Leidenschaft Kim Jong-Ils zum Fußball und der hohen Niederlage gegen Portugal (0:7), kamen nach der WM Gerüchte auf, dass der Nationaltrainer Kim Jong-Hun mit 14 Stunden Arbeitslager bestraft wurde. Jedoch ist er zur Zeit immer noch amtierender Trainer, was jenen Behauptungen widerspräche. Jong Tae-Se, der als der „Wayne Rooney Asiens“ gilt, hat die WM auf alle Fälle nicht geschadet. Er steht seit dem 9. Juli 2010 beim VfL Bochum unter Vertrag.

Seit Januar 2010 befand sich ein ehemaliger amerikanischer Englischlehrer, Aijalon Mahli Gomes, aus Südkorea in nordkoreanischer Haft. Er war beschuldigt worden, illegal die Grenze überschritten zu haben und wurde daraufhin im April zu acht Jahren Arbeitslager und einer Geldstrafe von 700.000 US-\$ verurteilt. Mitte August wurde zum ersten Mal amerikanischen Diplomaten und Ärzten erlaubt, den Inhaftierten zu besuchen. Sie berichteten von einer schlechten emotionalen und körperlichen Verfassung des Gefangenen. Aus diesem Grund flog der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter nach Pjöngjang, um die Freilassung von Gomes zu erwirken. Carter, Friedensnobelpreisträger von 2002, ist der am meisten aktivste ehemalige Präsident in Bezug auf Mediation in internationalen Konflikten und ist für seinen historischen Besuch bei Kim Il-Sung 1994 kurz vor seinem Tode bekannt, als er einen Meilenstein in punkto Abrüstung erzielte. Jedoch dementierte die US-Rgierung, dass Carter aus anderen Gründen als zur Erwirkung der Freilassung von Gomes nach Nordkorea gereist sei. Prekärerweise brach Kim Jong-II kurz nach Carters Ankunft in Pjöngjang nach China auf. Carter konnte schließlich die Freilassung von Gomes bewirken und brachte zusammen mit ihm die Botschaft in

die USA, dass Nordkorea einen Dialog mit den USA und der Welt wolle. Laut Carter sei die nordkoreanische Regierung sehr an einer Fortführung der Nukleargespräche und einem offiziellen Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten und Südkorea interessiert. Die Freilassung von Gomes erinnert an die Freilassung zweier amerikanischer Journalistinnen, die ebenfalls von Nordkorea eingesperrt wurden und die dann von Bill Clinton nach einem Besuch in Pjöngjang ausgelöst wurden.

Das erste Mal seit 44 Jahren versammeln sich die Parteimitglieder der Workers' Party of Korea (WPK) zu einer Parteikonferenz (s. Sonderbericht). Die Konferenz wurde auf Anfang September angekündigt, wurde aber offiziell wegen der Flutkatastrophe in weiten Teilen des Landes verschoben. Von dem Parteizusammentreffen wurde erwartet, dass Kim Jong-Il seinen jüngsten Sohn Kim Jong-Un als Nachfolger verkündet, es zu wesentlichen Umstrukturierungen in der Parteiführung und zu ökonomischen Reformen kommen. Über Kim Jong-Un ist wenig bekannt; nur dass er mit seinen geschätzten 27 Jahren sehr jung und wenig erfahren in Regierungstätigkeiten hat. Er gilt daher als manipulierbar, da er im Falle einer Führungsübernahme seine Macht wahrscheinlich nicht alleine tragen und auf Verbündete übertragen werden würde. Mitte August wurde bekannt, dass Kim seinen Schwager, Jang Song-Taek mit der Aufgabe betraut hat einen reibungslosen Machttransfer zu gewährleisten. Jang ist momentan der zweitmächtigste Mann Nordkoreas, weshalb spekuliert wird, dass er im Falle von Kims Tod die Macht selbst an sich reißen wird. Die USA befürchtet, dass es bei einem Machtwechsel zu Unruhen in Nordkorea kommen kann.

### **Wirtschaftliche Entwicklungen in Nordkorea**

Ende Juli fragte die nordkoreanische Regierung an, ob die Tschechische Republik 95% der Schulden in der Höhe von 10 Mil. US\$ erlassen könne und unterbreite ferner das Angebot, 5% seiner Schulden (500.000 US\$) in Ginseng abzubehalten. Die tschechischen Diplomaten waren einer nicht monetären Schuldentrückzahlung zugeneigt, jedoch pliedierten sie auf Zink, da sie jenen leichter weiter verkaufen könne. Mitte August wurde das nordkoreanische Angebot jedoch abgelehnt und verkündet, dass die Verhandlungen weiterlaufen würden. Auch die Regierung Ungarns wurde von Pjöngjang um einen Schuldenerlass von 90% gebeten - die Höhe der Schulden sind unbekannt. Budapest stimmte einem Schuldenerlass zu, jedoch nicht von 90%. Auch hier laufen die Verhandlungen weiter.

Am 26. August berichtete Südkorea, dass Kim Jong-il unerwartet nach China ausgereist sei – pikanter Weise einen Tag nachdem der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter in Pjöngjang eingetroffen war. China verweigerte zunächst seinen Kommentar zu Kims Reise und es wurde lange spekuliert, wer mit Kim in seinem gepanzerten Spezial-Zug mitgefahren war. Es wird auch vermutet, dass Kim Jong-il zusammen mit seinem Sohn und möglichen Nachfolger Kim Jong-un reiste. Diese Vermutung stützt sich auf die Tatsache, dass das Beisein Kim Jon-uns niemals von chinesischer Seite dementiert, sondern lediglich mit „[Kim Jon-un] stand nicht auf der Gästeliste“ kommentiert wurde. Kim nutzte seine Reise dazu verschiedene historische Stätten, die mit seinem Vater, dem ehemaligen nordkoreanischen Präsidenten Kim Il-Sung, in Verbindung stehen, zu besuchen. Auch dies veranlasste

Spekulationen, ob Kim seinen Sohn als rechtmäßigen Erben seiner Führungsposition etablieren wolle. Während seiner fünftägigen Reise traf Kim auch den chinesischen Präsidenten Hu Jintao. Dabei wurde durch verschiedene Gesten die enge Verbundenheit Chinas mit Nordkorea demonstriert. Hu traf sich nämlich mit Kim nicht in Beijing sondern extra in die 200 km entfernte Stadt Changchun anreiste. Außerdem übernachteten beide Präsidenten im gleichen Hotel nach ihrem Treffen. Hu scheute nicht bei seinem Gespräch mit Kim langjährige in der chinesisch-nordkoreanischen Diplomatie herrschende Tabus anzusprechen. Er forderte Kim ausdrücklich dazu auf, dass er die gescheiterte Wirtschaft Nordkoreas reformieren und das Land öffnen solle. Er habe die Themen sogar noch direkter als Wen Jiabao im Mai angesprochen, indem er sich auf das chinesische Vorbild berief. Auch Kim soll Begriffe wie „Reform“ und „Öffnung“ in Bezug auf Nordkorea benutzt haben und lobte die Entwicklung, die China seit seiner Reformierung und Öffnung erlebt habe. Es ist jedoch unklar, ob Kim jene Vorschläge Chinas tatsächlich umsetzen wird. Kim hat Angst vor jeglichen Reformen, die seine Kontrolle über die Bevölkerung Nordkoreas schwächen könnte, gerade auch im Zusammenhang mit dem geplanten Wechsel zu seinem Erben, Kim Jong-Eun. Bei dem Treffen hob Hu besonders hervor, dass die ökonomische Kooperation zwischen den beiden Ländern eine „Win-Win-Strategie“ sei. Anfang September starteten China und Nordkorea eine neue wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Grenzregionen entlang des Nordosten Chinas sowie in der nordkoreanischen Rajin-Sonbong-Region. China will den Hafen von Rajin zum Transport eigener Güter nutzen.

### **C. INNERKOREANISCHE BEZIEHUNGEN UND DIE LAGE AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL**

Mitte September wurde der vollständige Bericht über die Ermittlungen des Mitte März gesunkenen südkoreanischen Militärschiffes Cheonan vorgelegt. Laut Bericht hat eine internationale Untersuchung des Vorfalles ergeben, dass das Kriegsschiff eindeutig durch einen nordkoreanischen Torpedo-Angriff gesunken war. Seit dem Sinken des Schiffes hat sich die Spannung zwischen den zwei Koreas deutlich erhöht. Während Südkorea in Kooperation mit der USA verschiedene Marineübungen im Gelben Meer unternahm, äußerte der kommunistische Norden neue Drohungen und startete ebenfalls Militäraktionen, die sich hauptsächlich in Raketentests nahe der koreanischen Grenze äußerten. Seoul und Washington pochen indessen immer noch auf eine Entschuldigung von Nordkorea, bevor sie bereit seien die Sechs-Parteien Gespräche wiederaufzunehmen, doch der Norden stellt sich stur. Nachdem eine Anschuldigung Nordkoreas vor der UN und ASEAN ohne größere Auswirkungen bliebe, beschloss die USA eigene Sanktionen, die u.a. die Einfrierung nordkoreanischer Auslandskonten beinhalten. Auch andere Staaten wie die Schweiz oder Hongkong sind dazu aufgerufen worden.

Nach dem Scheitern der USA mit dem Ansinnen, Nordkorea im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu verurteilen, nahm China Mitte Juli Bemühungen um die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche auf. Die Sechs-Parteien-Gespräche verhandeln über das nordkoreanische Kernwaffenprogramm und setzen sich für eine friedliche Lösung des Konflikts ein. Die Teilnehmer der Gespräche sind Nordkorea, China, Südkorea, die USA, Japan sowie Russland. Die USA zweifeln jedoch

zweifelhaft über die Teilnahme Nordkoreas an den Gesprächen, nachdem eine Anklage vor der UN gescheitert war. Sie forderten ernsthafte Taten anstelle von Wort, bevor die Gespräche weitergehen können.

Jüngste Ereignisse überschattenden zudem eine geplante Fortsetzung der Gespräche. Als Reaktion auf die US-südkoreanische Marineübungen verkündete Ende Juli ein nordkoreanischer Sprecher in Japan, dass Nordkorea nicht zögern würdem. weitere Atomtests zu unternehmen, wenn jene nötig sein. Auch dass der nordkoreanische Außenminister zum gleichen Zeitraum nach Burma reiste um eine Ausdehnung ihrer gemeinsamen Beziehungen zu diskutieren, löste in den USA Unmut aus. Burma sagte zwar aus, es habe keine Ambitionen auf nukleare Waffen, doch Experten sind sich sicher, dass Nordkorea ein Massenproduzent gefährlicher Materialien und Waffen sei.

Ende Juli wurde zudem ein Bericht von WikiLeaks veröffentlicht, der behauptete, Nordkorea habe im Jahr 2005 ferngesteuerte Raketen an die Taliban verkauft. Nordkorea habe sich jedoch interessanterweise damals noch in den Sechs-Parteien-Gesprächen zur Nuklearenabrüstung befunden. Einige der verkauften Raketen wurden auch gegen Flugzeuge der USA verwendet. Genauere Details des Deals sind jedoch nicht bekannt, da der Kaufvertrag mündlich geschlossen wurde. China, das sich seit dem Cheonan-Vorfall um internationale Konfliktlösung bemüht, sendete Mitte August seinen Top-Nuklear-Gesandten Wu Dawei nach Nordkorea, um die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche wieder voranzutreiben. Nach Diskussionen über die Nukleargespräche und Meinungen über Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel erklärte sich Nordkorea bereit informelle Gespräche mit den „Sechs Parteien“ aufzunehmen, jedoch stellte der Norden als Voraussetzung für Sechs-Parteien-Gespräche, dass er erst Eins-zu-Eins Gespräche mit den USA wolle.

Nach Wus Besuch in Nordkorea, ließ der Norden verlauten, dass er China bezüglich der Wiederaufnahme der Nukleargespräche „komplett zustimmt“. Am 3. September stellte die USA drei Bedingungen für die Wiederaufnahme der Gespräche auf. Sie wollen eine Einstellung der militärischen Provokationen, das Ausführen der Richtlinien, die 2005 vereinbart wurden und eine Nukleare Abrüstung sowie dass Nordkorea die Verantwortung für das Sinken der Cheonan übernimmt. Am 13. September reiste der Vertreter der Nordkoreapolitik der USA, Stephen Bosworth, nach Seoul um mit hochrangigen Diplomaten aus Pjöngjang eine mögliche Rückkehr zu den Gesprächen zu diskutieren. Auf Grund der jüngsten freundlichen Gesten Nordkoreas (Freilassung der Besatzung eines südkoreanischen Fischerboots und die Pläne zur Wiedervereinigung, die von der Teilung in zwei Koreas betroffene Familien) will er das Verhalten des Norden jedoch nicht vorläufig beurteilen. Im Rahmen zur Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche reiste Bosworth auch nach China, Beijing, wo die Gespräche stattfinden werden. China stellt einen wichtigen Partner für die internationalen Bemühungen dar. Während Kim Jong-Ils China-Besuch Ende August bekräftigten er und Präsident Hu beide, dass sie die Sechs-Parteien-Gespräche so schnell wie möglich wieder aufnehmen wollten. Außerdem hat der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Mitte September wiederholt, dass die chinesische Regierung mit allen Parteien daran arbeiten würde Bedingungen für einen Neuanfang der Gespräche zu schaffen. Ende September

verkündeten Seoul und Beijing, dass sie nun enger für einem nuklearfreien Nordkorea und für Frieden auf der koreanischen Halbinsel zusammenarbeiten würden.

Als Reaktion auf das Sinken der Cheonan wurde auch der interkoreanische Handel im Mai stark sanktioniert. Es wurden grenzüberschreitende Kooperationen und Austauschprojekte gestoppt. Nur der Handel im Industriekomplex in Kaesong wurde weniger beschränkt. Im ersten Halbjahr 2010 ergab sich jedoch dennoch ein Rekordhoch des interkoreanischen Handelsvolumens von 983 Millionen US-Dollar und übersteigt somit das Volumen der gleichen Periode im Vorjahr zu 52%. Eine Besserung der Löhne nordkoreanischer Angestellter in Kaesong ist auch in Sicht, denn beide Koreas einigten sich auf eine Mindestlohnerhöhung um 5 Prozent.

Auch als der Norden die Besatzung eines südkoreanischen Fischerboots gefangen nahm, wurde das innerkoreanische Verhältnis auf die Probe gestellt. Die Mannschaft wurde beschuldigt die nordkoreanische Grenze illegal überschritten zu haben und wurde deshalb samt Boot unter Beschlag genommen. Erst einen Monat später wurde die Besatzung wieder freigelassen. Mittlerweile stellte sich auch heraus, dass das Boot tatsächlich im nordkoreanischen Hoheitsgebiet gefischt hatte

Anfang August traf der Taifun Kompasu auf Nordkorea, der eine furchtbare Flutkatastrophe in großen Teilen des Landes auslöste. Allein in der Süd-Hamyong Provinz starben mindestens 120 Leute und tausende waren durch das erhebliche Schäden des Infrastrukturnetzes von der Außenwelt abgeschlossen. Es wurden auch bis zu 8380 Häuser beschädigt und rund 15000 Hektar Ackerland überspült. Südkorea diskutierte auf Grund einem ähnlichen bis noch höheren Ausmaße als bei der Flutkatastrophe 2006, ob sie wieder Hilfspakete an den Norden schicken solle. Wegen dem Cheonan Vorfall wurden jedoch seit dem 24. Mai 2010 sämtliche Hilfen für den Norden gestoppt. Am 1. September 2010 wurde dem südkoreanischen Roten Kreuz aber trotzdem 10 Milliarden Won zur Verfügung gestellt – doch dieser Schritt wurde als rein humanitäre Maßnahme bezeichnet und die bisherigen Suspensionen blieben auch weiterhin in Kraft. Mitte September wurden erste Reispakete an Nordkorea verschickt und weitere Hilfiefieferungen in Form von Zement und Fertignudeln sollen folgen. Auch China und die USA boten außerdem monetäre Hilfe an nordkoreanische NGO's an.

Das Südkoreanisch-Japanische Verhältnis hat in den letzten Monaten eine empfindliche Verbesserung erlebt. Mitte Juli stimmte Japans Mitsubishi Heavy Industries zu, eine Entschädigung für koreanische Frauen, die während der japanischen Besatzungszeit in Zwangsarbeit gesteckt wurden, zu verhandeln. Außerdem diskutiert die Regierung, zu jener Zeit erbeutete koreanische Kulturgüter an Korea zurück zu senden. Ende August wurde auch eine Liste der während der Kolonialzeit in Zwangsarbeit gestorbenen Koreaner, an Seoul gesendet. Somit können nun die Identitäten der Arbeiter festgestellt, Familien über die verschiedenen Schicksale informiert und Kompensationszahlungen kalkuliert werden. Am Allerwichtigsten ist es jedoch, dass am 10. August 2010, dem 100. Jahrestag der Annexion Koreas durch Japan, sich der japanische Ministerpräsident Kan für die Kolonialherrschaft seines Landes von 1910 bis 1945 offiziell entschuldigt hat. Außerdem entschied sich Kan gegen einen Besuch des Yasukuni Militärscheins, der für gewöhnlich zum Jahrestag des Ende des zweiten Weltkriegs zum Gedenken der

Gefallenen besucht wird. Jener Besuch hat von jeher Proteste von China und Korea ausgelöst, das der Schrein als Symbol für das japanische nationalistische Empfinden gilt. Seoul begrüßte die Entschuldigung, will jedoch nun abwarten, wie sich Japan in Zukunft verhalten wird. Pikanterweise wurde Nordkorea, das ebenfalls unter der Herrschaft Japans litt, in der Erklärung nicht angesprochen. Nordkoreas Nachrichtenagentur verkündigte deshalb daraufhin, dass diese Nicht-Erwähnung, als deutliches Zeichen sehe, dass Japan immer noch Besitzansprüche auf die koreanische Halbinsel hege.

Dr. Bernhard Seliger mit Anne-Grit Reuter